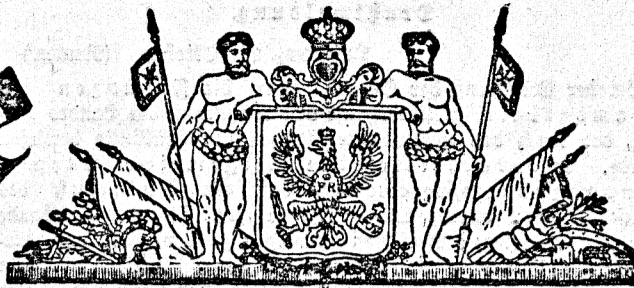


Vossische



Zeitung

Begründet 1704
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkürzettel der Berliner Börsen.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. Anzeigen Zeile 1,50 M. à 33 1/3%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 88, Kochstr. 22-26 und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): L. V. J. Elbau in Bin.-Tempelhof.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der tschechische Anteil am Elbverkehr.

Von Richard Ras.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Prag, 29. Oktober.

Die Tschecho-Slowakei hat durch den Friedensvertrag das Recht auf einen Teil des Hamburger und des Stettiner Hafens bekommen, zudem auch sehr wesentliche Konzessionen am (internationalisierten) Elbverkehr. Derzeit hat Versailles die Tschecho-Slowakei und Deutschland wirtschaftlich zusammengeführt, auf eine Weise freilich, die Siegespolitik vor Wirtschaftspolitik setzte und dadurch fürs Deutsche Reich die gefährliche Möglichkeit ergab, seine rein kommerziellen Erwägungen einem politischen Diktate Prags unterordnen zu müssen. Es sei erwähnt, daß diese peinliche Möglichkeit nicht nur die Reichsdeutschen, sondern auch die Deutschen der Tschecho-Slowakischen Republik beunruhigt hat, weil ja diese der tschecho-slowakischen Elbstraße den überwiegenden Teil der Anrainer stellen. Erst vor wenigen Tagen hat das „Prager Tagblatt“ darauf hingewiesen, wie sinnlos es ist, den nur Deutschland und die Tschecho-Slowakei interessierenden Elbverkehr einer großen, losspieligen und wahrscheintlich ebensowenig objektiven wie sachmännlichen Entente-Kommission unterzuordnen, wie teuer weiter der Zug eines eigenen kleinen tschechischen Hafens in Hamburg zu stehen käme, der unsere Durchfuhrgüter niemals zu so billigen Sätzen umschlagen könnte wie der große, wohl ausgestattete und auf äußerster Delonomie berechnete Gesamthafen Hamburgs.

Diese Bedenken und ähnliche, die während des letzten Jahres immer wieder in Deutschland laut geworden sind, dürften sehr wesentlich durch die folgenden authentischen Äußerungen erhöht werden, die mir der Elberferent unseres Handelsministeriums machte, ein Mann, dessen Meinung die der tschecho-slowakischen Regierung darstellt und der die Verhandlungen mit der Entente und mit den reichsdeutschen Behörden führt.

„Wir denken nicht daran“, sagte er, „in Hamburg einen neuen Hafen für uns zu bauen und einzurichten. Vielmehr wollen wir einen entsprechend ausgestatteten Hafenteil Hamburgs pachten, um zunächst einmal ein Zentrum für unseren Ueberseehandel zu gewinnen. Da aber solch ein Hafenteil unmöglich mit allen notwendigen Einrichtungen versehen sein kann, die wir benötigen, etwa auch mit jenen für den Petroleumverkehr, möchten wir uns durch Verträge die Mitbenützung der gesamten Hamburger Hafenanlagen sichern. Soweit meine Informationen reichen, stoßen wir hiermit durchaus nicht auf Schwierigkeiten; die deutsche Regierung zeigt uns vielmehr alles Entgegenkommen.“

„Wie weit sind die Verhandlungen schon gediehen?“

„Wir haben durch unseren Bevollmächtigten in Berlin anfragen lassen, ob die zuständigen reichsdeutschen Behörden bereit wären, noch vor Ratifizierung des Friedens über die Hamburger und die Elbfrage mit uns zu verhandeln. Dazu veranlassen uns keine Rücksichtsgründe, denn nach der Ratifizierung wird so vieles zu besprechen und zu regeln sein, daß unsere höchst wichtigen Wirtschaftsfragen wahrscheinlich zu kurz kämen. Deutschland hat uns hierauf vorgeschlagen, schon jetzt einen Vollausgleich des Hamburger und des Stettiner Hafens vorzunehmen zu lassen. Unsere Vertreter für diesen Ausgleich sind bereits unterwegs; so werden wir also den in kürzester Zeit beginnenden Verhandlungen sachliche Vorschläge zugrundelegen können.“

„Wie gedenkt die Tschecho-Slowakei ihr Anrecht am reichsdeutschen Elbverkehr geltend zu machen?“

„Nebenbei nach kommerziellen Grundrissen. Deshalb werden wir auch die private Initiative heranziehen. Der staatliche Betrieb wirtschaftlicher Unternehmungen scheint mir wenig Aussicht auf Gedeihen und Ergiebigkeit zu geben. Der Staat ist eben keine reine Wirtschaftsbehörde.“

„Meinen Sie nicht, daß die große Entente-Kommission, die den Elbverkehr regeln soll, ein viel zu umständlicher Apparat ist, als daß sie die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Prag und Berlin fördern könnte?“

„Gewiß wäre es vorteilhaft, wenn wir zwei zunächst interessierten, also die Tschecho-Slowakei und Deutschland, vorerst einmal untereinander ins reine kämen. Deshalb haben wir auch den Vorschlag der deutschen Regierung begrüßt, die uns zuerst allein sprechen wollte. Wir sind auch durchaus geneigt, in die bestehende deutsche Mietgemeinschaft und ins Tarifamt des Elbverkehrs einzutreten. Meiner Ansicht nach wäre es sinnlos, einen wirtschaftlichen Kampf auf der

Deutschland gegen die russische Blockade.

Antwort auf die Ententenote zur Bekämpfung des Bolschewismus

Meldung des Baltischen Telegraphen-Büros.

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Antwortnote überreichen lassen:

Auf die dortige Note Nr. 1849 G vom 25. Oktober bezieht sich die deutsche Regierung nachstehendes zu erwidern:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die eine Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaftsleben aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerhebliche kommunistische Bewegungen erlebt und mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über die Ursachen und die Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erfahrung zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuwirken, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Rußland den gewollten Zweck nicht zu entsprechen scheinen.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihrer ganzen Furchtbarkeit gespürt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder und Greise, Frauen und Kranke, also an der Kriegführung Unbeteiligte, in grauamster Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die Geisteszerrüttung der Bevölkerung in zerschmetterndem Sinne gewirkt und die anarchistischen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Rußland wiederholen würden. Zwangsmaßnahmen von außen gelten in Rußland immer als Werkzeuge der Reaktion, die von den demokratischen Elementen des Bundes bekanntlich noch mehr gefürchtet wird als der Bolschewismus. So werden gerade die demokratischen Kräfte, das stärkste Element im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und gelähmt.

Die antibolschewistische Strömung, die sich tief in die Arbeiterkreise hinein erstreckt, als es nach außen hin den Anschein hat, wird nicht durch wirtschaftliche Abperrung, sondern vielmehr dadurch gestärkt, daß sich der dankbedürftigen russischen Volkswirtschaft die Aussicht auf baldige Hilfe erschließt. Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakts mit den anderen Völkern läßt sich eine Angleichung des politischen Lebens in Rußland an die europäischen Demokratien erhoffen. Hierzu kommt, daß sowohl nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundrissen wie auch insbesondere nach der Sagung des künftigen Völkerbundes im vorliegenden Falle die Voraussetzungen für die Verhängung einer wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürften.

Elbe zu entseffeln. Die Entente-Kommission wird aber stets eine wertvolle Appellationsinstanz für alle jene Fälle bleiben, in denen wir uns mit Deutschland nicht direkt einigen können.“

„Wie steht es mit der Uebernahme eines Teiles des deutschen Elbschiffraumes?“

„Bis jetzt verfügen wir über durchaus unzureichende Fahrmittel auf der Elbe. Nach dem Friedensvertrag ist nun die deutsche Regierung verpflichtet, einen Teil ihres Elb-Fahrtparts an uns zu verkaufen. Die Verhandlungen hierüber haben noch zu keinen Einzelbesprechungen geführt; doch liegt uns auch für diesen Punkt die grundsätzliche Geneigtheit der deutschen Regierung vor, schon jetzt zu verhandeln. Wir werden auf Grund der Rechtslage aber auch in der Erwägung vorgehen, daß kommandierte Entscheidungen, daß internationale Diktate niemals so eingehalten werden, wie Vereinbarungen, die auf freiem Willensschluß beider Parteien ruhen.“

„Geben Sie einen Anhaltspunkt dafür, daß Ihre Auffassung mit jener der Entente übereinstimmt?“

„Allerdings; ich habe die Gewißheit. Wir werden das internationale Elb-Schiedsgericht nur in tatsächlich notwendigen Fällen zu Hilfe nehmen. Ich wenigstens habe immer den Eindruck, auch die führenden und kompetenten Ententestellen wollten, daß wir in Elbschiffahrts-Angelegenheiten zunächst selbst mit Deutschland verhandeln, ohne mit jeder Kleinigkeit an die Kommission heranzutreten. Letzten Endes möchte ich Sie noch aufmerksam machen, daß es für die Deutschen ziemlich viel bedeutet, wenn unser Handel gerade über die Elbe und über Hamburg geht. Die Elbe fließt nun einmal nordwärts und weist unseren wirtschaftlichen Interessen den Weg. Glauben Sie mir, wir

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung nach wie vor die von ihr vertretene Politik der Nichtteilnahme an den inneren Angelegenheiten Rußlands nicht nur für grundsätzlich berechtigt, sondern auch für tatsächlich zweckmäßig. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Beteiligung Deutschlands an dem von den alliierten und assoziierten Regierungen geplanten Vorgehen nach Lage der Verhältnisse kaum von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein würde, da Rußland zur See von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande eine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach Inkrafttreten des Friedens nicht mehr bestehen wird.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an einer Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren weltpolitische Bedeutung sie gebührend wertet, zu beteiligen. Sie wird sich allen ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen.

Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, in ernster Form darauf aufmerksam zu machen, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann ersprießlich sein könnte, wenn neben der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Achtung und loyale Anerkennung der gegenseitigen Rechte gesichert ist. Daß diese Voraussetzung vorliegt, kann aber so lange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblick, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an einer Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockademaßregeln zu verhängen.

Die Räumung des Baltikums.

Scharfe Maßnahmen gegen die reitenden Truppen.

Berlin, 30. Oktober. (B. Z. B.)

Die Reichsregierung hat in der heutigen Kabinettsitzung mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher ungenügend sind und das Verhalten zahlreicher Truppenteile zu den schärfsten Maßnahmen zwingt, den Beschluß gefaßt, daß sämtliche Truppen, die nicht bis zum 11. November die deutsche Grenze passiert haben, als fahnenflüchtig erklärt werden. Sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch selbstverständlich alle Versorgungsansprüche.

Unter den für die Abtransporte nach dem Baltikum geschickten Eisenbahnzügen ist auch ein Lazarettzug, der insbesondere die in Schaulen liegenden Ruhrkranken heimbefördern soll. (Siehe auch vierte Seite.)

hätten in Triest sehr leicht ähnliche Hafenzonenzessionen wie in Hamburg und Stettin bekommen können, ja die Italiener hätten dies recht gern gesehen. Nicht nur unser Vorteil ist es, wenn wir Hamburg als Handelszentrum wählen. Ober wenigstens: nicht nur unser Vorteil brauchte es zu bleiben...“

Beginn der internationalen Arbeiterkonferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 30. Oktober.

Der amerikanische Arbeitsminister William B. Wilson eröffnete gestern in Washington die internationale Arbeiterkonferenz. Nach der Begrüßung derjenigen Delegierten, die ohne weiteres als Mitglieder des Kongresses anzusehen sind, wurde beschlossen, die anwesenden amerikanischen Vertreter einzuladen, am dem Kongreß teilzunehmen. (Der Kongreß hat, wie gemeldet, beschlossen, daß die Vereinigten Staaten auf der Konferenz offiziell nicht vertreten sein sollen, solange Amerika den Friedensvertrag nicht ratifiziert hat.) Es wurde die Frage der deutschen und österreichischen Abgeordneten besprochen, wobei scharfe Meinungsverschiedenheiten zutage traten. Es waren offiziell 31 Staaten vertreten. Wilson sagte in seiner Eröffnungsrede, daß von den Beschlüssen dieser Konferenz die Sicherheit der Welt und das Wohlergehen der Menschheit abhängen. Vor dem